

Kraftwerk Datteln: Weitere Voraussetzung für sichere Planung und positives Signal für den Investitionsstandort Nordrhein-Westfalen geschaffen (Plenarsitzung vom 25.03.2010)

Präsidentin Regina van Dinter: Gut. – Meine Damen und Herren, es spricht der Abgeordnete Sagel.

Rüdiger Sagel* (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Wir brauchen eine andere Energiepolitik. Es geht hier nicht um Wunschträume, es geht hier um konkrete Politik in Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen auch eine andere Energiepolitik, weil wir in einem Zeitalter der endlichen Ressourcen leben. Wir erleben immer wieder, dass um Ressourcen sogar Kriege geführt werden, wie wir das im Moment in Afghanistan und auch im Irak erleben. Ich denke, es ist dringend notwendig, dass gerade Nordrhein-Westfalen als wichtigstes Industrieland in Deutschland mit deutlichen Schritten vorangeht.

Wir haben in unserem Wahlprogramm von der Linken sehr deutlich gemacht, wofür wir stehen, nämlich für eine Energiepolitik, die auf 100 % erneuerbare Energien perspektivisch setzt. Technisch – da sind sich viele einig – kann man das schon in rund zehn Jahren erreichen. Ich weiß, dass wir das mit Sicherheit nicht erreichen werden. Fakt ist aber, dass das, was die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen macht, das genaue Gegenteil von der Politik ist, die eigentlich notwendig wäre. Wenn wir hier ein Drittel der CO₂-Emissionen in Gesamtdeutschland mit 170 Millionen Tonnen im Jahr produzieren, dann zeigt das, wie dringend notwendig es ist, hier umzusteuern.

Wir brauchen ein massives Programm für Energieerneuerung statt neuer Kraftwerksbauten, wie wir das jetzt in Datteln erleben. Und wenn ich hier höre, dass Sie sogar neue Braunkohlekraftwerke bauen wollen, dann dreht sich mir nicht nur der Magen um, sondern man muss wirklich das Allerschlimmste befürchten. Denn das sind die größten Dreckschleudern in Europa; das wissen wir alle. Und wenn Sie das hier jetzt zur Programmatik erheben, dann kann ich nur sagen: Prost Mahlzeit! Das geht völlig in die falsche Richtung.

Wir brauchen auch massive Energieeinsparungen; auch das ist ein wichtiges Thema. Wir brauchen hier eine Politik, die die Bürgerinnen und Bürger mitnimmt. Wir brauchen eine Politik der Dezentralisierung der Energieversorgung und -erzeugung, und wir brauchen hier eine Politik, die auf die Stärkung der kommunalen Stadtwerke setzt. Wir müssen wegkommen von den Monopolstrukturen, wie wir sie im Augenblick bei den großen Energiekonzernen E.ON und RWE erleben.

Wir erleben es hier ganz konkret. Ich habe Ihnen eine kurze Lagebeschreibung mitgebracht, wie wir das hier in Nordrhein-Westfalen real erleben.

(Der Redner hält ein Wahlplakat der Partei Die Linke hoch.)

Das ist die Politik. Auf allen Parteitagen erleben wir es ...

(Zurufe von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Sagel! – Ich bitte die Saaldiener, Herrn Sagel das Plakat abzunehmen.

(Die Saaldiener nehmen dem Redner das Plakat ab.)

Rüdiger Sagel* (fraktionslos): ... ganz konkret, dass E.ON und RWE hier bei den großen Parteien CDU und FDP werben, und wir ...

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Sagel! Herr Sagel, ich verweise Sie des Saales.

Rüdiger Sagel* (fraktionslos): Das ist die reale Situation hier in Nordrhein-Westfalen.

(Erneut Zurufe von CDU und FDP – Ralf Witzel [FDP]: Sie sind des Saales verwiesen!)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Sagel, ich verweise Sie des Saales.

(Die Saaldiener begleiten Rüdiger Sagel [fraktionslos] zu seinem Platz. – Ralf Witzel [FDP]: Was passiert denn jetzt? – Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Das ist gekaufte Politik! – Anhaltend Zurufe von CDU und FDP – Ralf Witzel [FDP]: Was passiert denn jetzt? – Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Ich verlasse unter Protest den Raum!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bringe den § 35 der Geschäftsordnung des Landtags, „Ausschließung von Mitgliedern des Landtags“, zur Anwendung:

Wegen gröblicher Verletzung der Ordnung kann die Präsidentin bzw. der Präsident, auch ohne dass ein Ordnungsruf ergangen ist, Mitglieder des Landtags von der Sitzung ausschließen. Diese haben den Sitzungssaal sofort zu verlassen. Wird die Aufforderung der Präsidentin bzw.

des Präsidenten nicht befolgt, so wird die Sitzung unterbrochen oder aufgehoben.

Herr Sagel hat die Sitzung verlassen.

(Beifall von CDU und FDP)

Der § 35 wird für den heutigen Tag angewandt.

Wir führen die Diskussion weiter, und als Nächstes hat Frau Ministerin Thoben das Wort.